

Dinstag, den 8. November 1881.

D e u t ſ ch l a n d.

Berlin, 7. November. [Amtl. es.] Se. Majestät der König hat dem  
 Sanitätsrath und Kreisphysikus Dr. med. i. Fuhrhans zu Gelnhausen und  
 dem Pastor Kösingh zu Norden den R. Adler-Orden vierter Klasse  
 verliehen.  
 Se. Majestät der König hat den ersten Seminarlehrer Karl Ernst Hr.

Se. Majestät der König hat den ersten Seminarlehrer Karl Ernst U-  
laub in Br.-Friedland zum Seminar-Director ernannt, und in Folge der-  
von der Stadtverordnetenversammlung in Duisburg, getroffenen Wahl die  
Fabrikleiter Theodor Keetmann und Gottlieb Bessel, er dahelfest als un-  
beholbete Beigeordnete der Stadt Duisburg für die gelesliche, Amtsbauer von  
sechs Jahren beständig.

Der Seminar-Director Karl Ernst Urlaub ist das Directorat des königlichen Schullehrer-Seminars zu Walddau verlassen worden. — Der Geheimsecretar Herrmann ist zum Buchhalter bei der Controle der Staatspapiere ernannt worden. — Der bisherige Haupt-Steueramts-Assistent Bräuner ist als Geheimsecretar-Assistent beim Reichshofkanzlei angestellt worden.

**Berlin,** 7. Nov. [Se. Majestät der Kaiser] empfing gestern den Prinzen Friedrich Karl und den Fürsten von Wied, sowie den Botschafter in London, Grafen Münster. Heute nahm Se. Majestät in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen, sowie später die Vorträge des Staatsministers von Bötticher, des Wirklichen Geheimen Rath's von Wilmowski und des Feldprospes der Armee, Dr. Thielen, entgegen. Prinz und Prinzessin Albrecht stateteten Sr. Majestät einen Besuch ab. Im Palais findet um 5 Uhr ein größeres Diner statt.

[Ihre Majestät die Kaiserin,] welche die Herbstkur in Baden beendete hat, wird daselbst noch einige Tage verweilen und sich dann, wie alljährlich, zunächst nach Coblenz begeben. (R.-Anz.)

[Prinz Karl.] Die vom „Deutschen Montagsblatt“ gebrachte Nachricht von einer bedeutenden Erkrankung des Prinzen Karl entbehrt, nach der Kreuzzeitung, jeder Begründung. Schon bei der Abreise von Berlin war es bestimmt, daß der Prinz die Nacht in Hubertusstock zubringen würde. Gestern Nachmittag 4 Uhr kam der Prinz im besten Wohlsein in Berlin an, war Abends im Opernhaus und begab sich heute Nachmittag nach Schloß Glinke bei Potsdam.

[Die Eisenbahnfahrkarten,] welche die Mitglieder des Reichstags zur freien Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen berechtigen, sollen den einzelnen Abgeordneten vom 9. d. M. ab durch Vermittelung der Wahl-Commissarien ihrer Wahlkreise zugehen. Die Herren Abgeordneten werden ersucht, sich in Fällen, in welchen die Zustellung eine Verzögerung erfährt, an die Wahlcommissarien zu wenden.

[Eine Rechtfertigung Stöcker's.] In der Sonnabend-Sitzung der Provinzial-Synode kam die Sprache nochmals auf die innere Mission. Ober-Consistorialrath Professor Dr. Weiß (Berlin): Ich will nur noch bemerken, wenn das gottgefällige Werk der inneren Mission von Segen sein soll, so muß es fern von den politischen Parteikämpfen stehen. (Lebhaftes Bravo auf allen Seiten des Hauses.) Ich würde jedem Versuch, die innere Mission irgend einer politischen Partei dienlich zu machen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, ja, wenn ich wüßte, die innere Mission wird mit den politischen Parteikämpfen irgendwie vermischet, meine Liebe zur inneren Mission würde dadurch erstickt werden. Ich bin der Ueberzeugung, daß diese meine Anschauung von allen Seiten des Hauses getheilt wird. (Lebhaftes Bravo.) — Synodale Hofprediger Stöcker (Berlin): Gestatten Sie mir, daß ich Gelegenheit ergreife, die Angriffe zurückzuweisen, die von der linken Seite des Hauses gegen mich gemacht wurden: ich sei 1) bestrebt, von den Stadtmissionaren eine gewisse politische Presse zu verbreiten, und 2) ich sei bestrebt, die Stadtmission politischen Parteibestrebungen dienlich zu machen. Es wurde der Unterschied gemacht zwischen einer Mission, die den Namen Wichern, und der Mission, die meinen Namen trägt. Diese Anschauung ist gänzlich falsch. Auf der diesjährigen Berliner Pastoral-Conferenz habe ich erzählt, daß ein Berliner Stadtmissionar aus einer Familie das „Berliner Tageblatt“ verdrängt und dafür den „Reichsboten“ eingeführt hat. Das ist aber bloß ein Fall, der doch nicht zu dem ausgesprochenen Vorwurf berechtigt. Allerdings habe ich auf der Berliner Pastoral-Conferenz gesagt: es ist Pflicht der Berliner Stadtmission, die gottlose Presse aus den Berliner Familien zu verdrängen. (Alas links, Beifall rechts.) Ich habe nicht gesagt, die liberale, sondern lediglich die gottlose Presse. Das ist Interesse an der Berliner Stadtmission dieses eines erwähnten Falles wegen nachläßt, kann doch wohl Niemand glauben. Es ist wahr, ein anderer Stadtmissionar hatte noch einmal eine kleine Niederlage des „Reichsboten“, weil er einem armen, halbtauben Menschen Beschäftigung verschaffen wollte. Auf ein Gesuch hat der betreffende Stadtmissionar diese Niederlage des „Reichsboten“ wieder aufgegeben und ich habe angeordnet, daß dies nicht mehr geschieht. Ich wiederhole allerdings: es gehört wesentlich zur Aufgabe der inneren Mission, die gottlose Presse zu bekämpfen. (Hurra links.) Die fortschrittliche (Reife) Meine Herren! Nicht gegen die fortschrittliche Presse soll gekämpft werden, ich würde mich freuen, wenn es eine fortschrittliche Zeitung gäbe, die auf dem Boden des positiven Christenthums stünde. Meine Herren! Es giebt in Berlin eine Presse, die nicht bloß das Christenthum und die Geistesfreiheit, sondern auch die Kirche, die Bibel, die christlichen Feste, kurz alles, was uns heilig und theuer ist, in gemeinfeltiger Weise angreift. (Widerspruch links.) Meine Herren! Hat doch sogar die „Israelitische Wochenchrift“, ein sehr ernsthaftes israelitisches Blatt vor einiger Zeit geschrieben: Eine hiesige liberale Zeitung schädigt durch ihre Angriffe auf das Christenthum das deutsche Judenthum aufs Empfindlichste, und wenn in Folge der nationalen Bewegung dieses Blatt vom Erdboden weggesetzt würde, so würde dies zum Heile des deutschen Judenthums geheißen. Zu meiner Freude ist der Name Wichern von allen Seiten des Hauses mit größter Ehrerbietung genannt worden. Meine Herren! Kaum hatten sich die Augen unseres unbegreiflichen Wichern für immer geschlossen, da war es dieses Blatt, das das Andenken des großen Mannes beschimpfte. Ein Befehl, die gottlose Presse aus den Berliner Familien zu verdrängen, ist den Berliner Stadtmissionaren niemals gegeben worden, sie thun es kraft ihres gesunden Menschenverstandes. Daß die Stadtmissionaren nicht gegen die politische liberale Presse wirken, erbellt daraus, daß die Berliner Stadtmission seit langer Zeit von der liberalen Presse keinen Angriff erfahren hat und daß außer dem einen von mir auf der Berliner Pastoral-Conferenz erzählte Fall nichts derartiges weiter vorgekommen ist. Nun sagt man, ich sei bestrebt, die Berliner Stadtmission der Politik dienlich zu machen. Es ist ja wahr: die innere Mission, soweit sie sich mit dem Gefängniß, Barmherzigkeitsanstalten u. s. w. beschäftigt, hat mit der Politik eine gewisse Verbindung, dies soll aber jedenfalls der mir gemachte Vorwurf nicht sein. Man glaubt, ich sei bestrebt, die Berliner Stadtmissionare zu veranlassen, für die conservativen und christlich-socialen Partei Anhänger zu gewinnen. Nun, es ist den Berliner Stadtmissionaren ganz direct durch Statut verboten, irgend wie an politischen, politisch-socialen oder den kirchlichen Streitfragen theilzunehmen. Und auch der Umstand, daß ich Vorsitzender der christlich-socialen Partei und Vorsitzender der Berliner Stadtmission bin, ändert an dieser Thatsache nichts. Ich bin aufs Eifrigste bemüht, die Berliner Stadtmission von aller politischen Thätigkeit fern zu halten. Daß die Berliner Stadtmission nicht unpopulär geworden, beweist die Thatsache, daß selbst Redaktionen liberaler Blätter sich an die Stadtmission beifällig vorzunehmen und Nachfragen gewandt haben. Ein Unterschied zwischen mir und Wichern besteht nicht. Ich ersuche Sie also auch, meine Herren Synodalen von den Vorwürfen, das schöne Werk der Berliner Stadtmission nicht durch derartige unbegründete Vorwürfe zu beeinträchtigen. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

**Justizrath Lefse:** Der Herr Syn. Stöcker hat den gegen ihn erhobenen Vorwurf nicht widerlegt. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Wenn Herr Stöcker erzählt: Einem Berliner Stadtmissionar ist es gelungen, aus einer Familie das „Berliner Tageblatt“ zu verdrängen und den „Reichsboten“ einzuführen, und hinzufügt: es gehört zur inneren Mission, die gottlose Presse zu verdrängen und dafür gute Blätter einzuführen, so ist dies eine Verquickung der inneren Mission mit der Politik. Herr Syn. Stöcker sagt, er würde sich freuen, wenn eine fortschrittliche Zeitung auf dem Boden des positiven Christenthums stände. Nun, politische Zeitungen sind keine Kirchenblätter, aber ich meine doch, es giebt auch liberale Zeitungen, ich nenne da die „Boschische“ und „National-Zeitung“, die stets mit Ernst und Würde alle kirchlichen Fragen behandelt haben. Das Traurige ist, daß Herr Stöcker liberal mit antichristlich einfach identificirt. (Muss ichs? Nein!) Ob der von Herrn Stöcker auf der Berliner Pastoral-Conferenz erzählte Fall der einzige war, ist schwer zu sagen, denn es dringen eben nicht alle Fälle in die Desfentlichkeit. Und ob Herr Stöcker die christlich-socialen Partei, deren Vorsitzender er ist, von der inneren Mission streng zu unterscheiden weiß, muß ich ebenfalls bezweifeln, denn Herr Stöcker hat doch ein wesentliches Interesse an der Vergrößerung seiner Partei; die evangelische Kirche wird aber wesentlich geschädigt, wenn politische Parteikämpfe in dieselbe hineingetragen werden. Während eine politische Partei möglichst nach der Herrschaft strebt, hat die evangelische Kirche lediglich das Interesse, daß alle Parteien in friedlicher Weise in ihr Platz finden. Es mag ja das Bestreben des Herrn Stöcker sein, seine Thätigkeit als Vorsitzender der christlich-socialen Partei und der Berliner Stadtmission auseinanderzuhalten, ob dies ihm aber immer gelingen wird, möchte ich bezweifeln. Zum mindesten liegt diese doppelte Thätigkeit des Herrn Stöcker nicht im Interesse der Berliner Stadtmission. — Synodale Lic. Weßky (Berlin): Ich habe den Worten des Herrn Synodalen Lefse nur noch wenig hinzuzufügen. Die Worte, die der Vorsitzende der christlich-socialen Partei und Leiter der Berliner Stadtmission auf der Berliner Pastoral-Conferenz geäußert, die auf derselben Konferenz zu Gunsten der christlich-socialen Partei gefasste Resolution und endlich der Ausspruch Stöcker's auf der diesjährigen Berliner August-Conferenz liefert den hinlänglichen Beweis, daß die Berliner Stadtmission zu politischen Parteizwecken benutzt wird und zwischen der inneren Mission, die sich an den Namen Wichern, und der inneren Mission, die sich an den Namen Stöcker knüpft, wesentlich zu unterscheiden ist. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Herr Synodale Stöcker hat am 17. August d. J. Herrn Professor Dr. Benschlag auf eine von diesem gerichtete Anfrage: ob es wahr sei, daß durch die Berliner Stadtmissionen der „Reichsbote“ verbreitet werde, mit einem kurzen und einfachen Nein geantwortet, und am 25. August sagt derselbe Herr Stöcker auf der Berliner August-Conferenz: „Ich halte es für eine wesentliche Aufgabe der Berliner Stadtmission, die gottlose Presse zu verdrängen und für die Einführung guter Blätter, wie des „Reichsboten“ u. s. w., zu wirken. Es muß in der That komisch in dem Kopfe eines Professors der Theologie ausfallen, der mir deswegen einen Vorwurf macht.“ Derartige Widersprüche sind sehr wohl geeignet, zu dem Leiter der Berliner Stadtmission das Vertrauen zu erschüttern. Denselben Geist der Wahrheit hat Herr Stöcker bezeugt, als er seine Betheiligung an der Debatte in der Eisenacher Kirchen-Conferenz in Abrede stellte. — Synodale Hofprediger Rogge (Boisdam): Ich will auf die Materie der vorliegenden Streitpunkte nicht näher eingehen, ich will nur etwas Sachfaches bemerken. Wie die Zeitungen berichten, hat in diesen Tagen eine Versammlung der christlich-socialen Partei in Berlin stattgefunden, an der mehrere Mitglieder unserer Provinzial-Synode theilgenommen haben. In dieser Versammlung hat wohl nicht ein Mitglied unserer Synode, aber doch ein Geistlicher unserer Provinz den Anspruch gethan, die Wahl Stöcker's zum ersten geistlichen Vorsitzenden in unserer Synode bedeute eine Anerkennung der Synode für die christlich-socialen Bestrebungen. Nun, ich habe die Zusage zu der hochwürdigen Synode, daß sie bei der Wahl des Vorstandes nicht derartige Motive, sondern lediglich die kirchliche Qualifikation der gewählten Personen geleitet haben. Sie sehen aber, meine Herren, was man Ihnen in öffentlichen politischen Parteiverfassungen imputirt. Man venüßt die Wahl des Vorstandes der Provinzial-Synode, um politisches Capital daraus zu schlagen. Sie können sich dann nicht wundern, wenn man zu der Ansicht gelangt, die Berliner Stadtmission werde politischen Parteibestrebungen dienstbar gemacht. Jedenfalls ist es die Personal-Union des Herrn Stöcker, der den Leiter der christlich-socialen Partei mit dem Leiter der Berliner Stadtmission in einer Person vereint, die Thatsache, die zu Mißtrauen Veranlassung giebt, und es ist bedauerlich, daß die Berliner Stadtmission darunter leiden muß. — Synodale Prediger Dr. Thomas wies den Angriff des Hofpredigers Stöcker zurück, daß Professor Dr. v. Holzendorff die innere Mission bekämpft habe. Die liberale kirchliche Richtung habe niemals die innere Mission, sondern lediglich den Mißbrauch, der mit derselben bisweilen getrieben werde, bekämpft. — Synodale Oberpfarrer Weymann (Habelberg): Ich bebaure, daß man auch in der Provinzial-Synode es nicht unterlassen konnte, das Wirken Stöcker's zu verächtigen. Trotz aller dieser Angriffe werden Sie uns aber unseren Stöcker nicht verlieren. — Syn. Hofprediger Stöcker: Man sucht mich jetzt wieder von allen Seiten zu verächtigen, mich der Unwahrheit zu zeihen, daß dies mir aber auch in der Provinzial-Synode widerfahren ist, bedauere ich. Die Behauptungen des jugendlichen Herrn Synodalen Weßky dürften ebenso zu seinen Ungunsten ausfallen als die Behauptungen der Jena'schen Facultät. Wie so ich durch meine Vorträge in Weimar, zu denen ich direct aufgefordert wurde, den kirchlichen Frieden in Weimar gestört habe, vertheile ich nicht. Ich habe allerdings in Abrede gestellt, mich in Eisenach an der Debatte betheiligt zu haben, allein ich reiste damals Tag und Nacht, hielt allabendlich Vorträge und verlag in der That, daß ich in jener Konferenz auch eine kurze Bemerkung von 5 Worten gemacht habe. Die theologische Facultät in Jena hat nun diese Angriffe gegen mich in Folge einer gegen mich gerichteten Schmähschrift gemacht. Ich kann nicht umhin es auszusprechen: eine solche Handlungsweise ist einer theologischen Facultät unwürdig. (Beifall rechts, große Unruhe links.) Meine Herren (zur Linken gewendet), es gilt hier meine Ehre zu verteidigen und deshalb bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit. Ich frage die hier anwesenden Herren Professoren, ob eine solche Handlungsweise correct ist? Zum mindesten hätte doch die Jena'sche Facultät meine Erklärung abwarten sollen. Das Vorgehen der theologischen Facultät zu Jena erinnert mich offenbar an die schlechte Presse. Die Berliner Stadtmission ist, seitdem ich Leiter derselben bin, nicht unpopulär geworden, im Gegenteil, sie hat die besten Fortschritte gemacht. Als ich den Vorsitz der Berliner Stadtmission übernahm, gab es in ganz Berlin sechs Missionäre, heute giebt es deren 27. Wenn Herr Syn. Lefse die „Boschische Zeitung“ als ein christliches Blatt bezeichnet, so erinnere ich an den Ausspruch dieser Zeitung: „Die biblische Auffassung vom König Hiskias ist eine rohe Anschauung.“ Eine solche Zeitung gehört nicht zu den christlichen. Der Vorwurf, der mir von Herrn Professor Dr. Benschlag gemacht worden, ist eben so unbegründet, wie der Jena'sche. Daß auf der Berliner Pastoral-Conferenz eine Resolution zu Gunsten der christlich-socialen Partei gefaßt worden, ist ein Beweis, daß seitens dieser Konferenz ein Auseinanderhalten der christlich-socialen Thätigkeit mit der inneren Mission gewünscht wird. Verechttigt war die Berliner Pastoral-Conferenz zu einem solchen Beschlusse, denn wenn die christlich-socialen Bewegung keine innere, so ist es doch eine äußere Mission. (Beifall rechts.) — Synodale Licentiat Weßky: Vielleicht wird es Herrn Hofprediger Stöcker interessieren, daß ich, der jugendliche Synodale, der freiconservativen Partei angehöre und ich dieselbe in Wort und Schrift gegen die Herrn Hofprediger Stöcker widerfahrenen Verunglimpfungen seitens des „Berliner Börsen-Courier“ eingetreten bin. Ich constatire jedoch, daß die Antwort des Herrn Synodalen Stöcker meinen Behauptungen gegenüber zweideutig gewesen sind, wo daß er mir insbesondere in dem Benschlag'schen Falle die Antwort schuldig geblieben ist. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

München, 5. Nov. [Landtag.] Gestern und heute wurde in der geordneten Kammer der Antrag Luthardt debattirt, an den König die Bitte zu richten, die k. Verordnung vom 29. August 1873 außer Wirksamkeit zu setzen, d. h. die Simultanfiskulen aufzuheben. Der Telegraph hat über d

Verlauf der gestrigen Sitzung bereits in Kürze berichtet. Im Folgenden zeigen wir aus den jetzt vorliegenden ausführlichen Berichten das Wesentliche nach. Nachdem der Antragsteller unter häufiger Citur der Bestimmungen des Westfälischen Friedens eingehend die Wirkung der Verordnung von 1875 erörtert, die nach seiner Meinung zur Unterdrückung der Confectionen geführt und damit den kirchlichen Frieden untergraben habe, legte der Cultusminister b. Luz die Gründe dar, welche den Erlass der Verordnung veranlaßt haben und heute noch unverändert fortbeständen. Er wies zuvörderst nach, wie unzutreffend es sei, den Westfälischen Frieden, der von Rom niemals anerkannt worden sei, den Motiven des Antrags zu Grunde zu legen; denn dieser Frieden stehe den entscheidenden verurtheilten Grundsatz auf: *cujus regio, illius religio*. Ferner handele es sich um ein Vertragsinstrument zwischen streitenden Theilen aus einer Zeit, wo man weder Schulzwang kannte noch die Volksschulen, wie wir sie dormalen wußten, sondern wo es nur Schulen gab, die sporadisch aus Mitteln von Privaten, von einzelnen Gemeinden, von Stiftungen u. s. w. dotirt waren und doch sollte dieses Instrument gleichsam in prophetischem Geist Bestimmungen getroffen haben für Zeiten, in denen Dinge zum Vollzug gelangen, die früher Niemand geglaubt hat, für Zeiten, wo jedes Kind in eine Schule zu gehen gezwungen wird und demgemäß für jedes Kind eine solche Schule bereitgestellt wird. Zu der Verordnung sei es gekommen, weil er (der Minister) nicht leugnen konnte, daß die gemischten Schulen unvermeidlich seien, und er sei heute der Ueberzeugung, daß, wenn der Eiferige aus der rechten Seite des Hauses Cultusminister sein würde, er über die gemischten Schulen doch nicht hinwegkäme. Die thatsächlichen Verhältnisse hätten also zu der Verordnung geführt, die übrigens so gemäßig ist, daß Einer, der die Verordnung ohne Kenntniß unserer Discussion liest, zu der Meinung käme, daß der Minister, der diese Verordnung erlassen hat, doch eine heilige Angst vor gemischten Schulen haben mußte. (Rufe links: Sehr wahr!) Der Religionsunterricht wird durch Lehrer und Geistliche der betreffenden Confection erteilt, sie sind bei der Inspection theilhaftig, auch fest noch ist die confessionell geschiedene Schule die Regel und die gemischten eine Ausnahme, für die es am Schluß der Verordnung nochmals heißt, daß man mit größter Umsicht bei Zulassung der confessionell gemischten Schulen vorgehen und insbesondere ins Auge zu fassen habe, ob die Umwandlung im Hinblick auf die Localen Verhältnisse wirklich notwendig zu erachten sei, daß die wesentliche Entscheidung, ob solche gemischte Schulen eingerichtet werden sollen, in den Händen der Gemeinden liegt, das heißt in den Händen der Eltern. Abgeordneter Bonn beklagte die im Lande herrschende Unzufriedenheit; es fehle der Friede der zwischen Volksvertretung und Ministerium, zwischen Volk und Regierung bestehen sollte zum Gedeihen des Landes, dessen Wiederherstellung der Wunsch eines Jeden sein muß, der es warm und wahr mit der Sache des Vaterlandes meint. (Bravo! rechts.) Dieser Unfriede beruhe auf einer ganzen Reihe von Ursachen. Die mangelhafte finanzielle und wirtschaftliche Lage, die große Militärlast, die steigenden Anforderungen des modernen Staates an die Gemeinden u. s. w., aber zu alledem komme noch eines, und zwar in Preußen der offene und bei uns in Baiern der stille Culturkampf. (Heiterkeit links, Bravo! rechts.) Dieser Culturkampf lasse auf dem Herzen des Volkes wie ein Alp. Auch noch in einer anderen Richtung bestehe im Volke nicht das genügende Vertrauen zur Regierung, in der Richtung, daß man die Selbstständigkeit Baierns mit der nöthigen Energie und Kraft vertrete; und wenn wir sehen, wie wir Schritt für Schritt dem Einheitsstaate entgegengeben, können wir auch den Mangel an diesem Vertrauen nicht für unbegründet betrachten. Obwohl das bayerische Volk wiederholt durch den Ausfall der Wahlen erklärt habe, das Ministerium besitze sein Vertrauen nicht mehr, sei ersteres doch nicht gewichen. Allerdings gebe die bayerische Verfassung der Wahrheit der Volksvertretung nicht das Recht, die Minister zu wählen. „Wir können einen Ministerwechsel nicht erzwingen, aber die Lage, in der wir uns befinden, zwingt uns, in der Opposition zu beharren.“ Staatsminister b. Luz wies an der Hand der Thatsachen nach, daß ein Culturkampf in Baiern nicht existire. Zu Baiern sind acht Bischofsstühle, sie sind alle besetzt, kein einziger ist erledigt, es sind zahllose Seelsorgerstellen, alle besetzt, keine einzige aus politischen Erwägungen und ähnlichen Dingen nicht besetzt. In Baiern hundert von Schulen in den Händen von Schulschwestern, Baiern hat für Schulaufsicht als Localinspectoren und Districtinspectoren die Herren Geistlichen, in Baiern existiren ungefähr sieben bis acht Tausend Nonnen und Mönche (hört! links), das ist aber Culturkampf, nicht wahr? (Heiterkeit links.) Wer da noch Lust trägt, im Ernst von einem Culturkampfe zu reden, den beneide ich wahrhaft selbst. Der Vorredner sagt, sie wären gezwungen, Opposition zu machen. Was ich früher gesagt habe, dabei muß es wiederholt bleiben. Ich bleibe, meine Herren, bis der mich abrufen, der mich hierher gesetzt hat. Ich trage auch allein die Verantwortung, wenn ich aushalte. Ich will den Grund sagen, warum ich glaube, daß ich das recht gut kann. Ich glaube in Baiern ist bei der Zusammensetzung unserer Bevölkerung kein anderes Regime möglich, als ein gemäßigtes Element, wie ich es seit zwölf und vierzehn Jahren führe. — Nachdem noch Abg. von Hermann gegen den Antrag gesprochen, wurde die Debatte auf heute vertagt. Ueber die heutige Sitzung berichtet die „National-Zeitung.“ Es sprach zuerst der bekannte Abgeordnete Wallfahrtsprediger Dr. Rittler für den Antrag und gegen den Staatsminister b. Luz; in ersterer Beziehung stellte sich der Redner gleich den getrigen auf den Standpunkte des westfälischen Friedens und sprach eingehend gegen die Simultanschule, durch welche man das „heilige Recht“ der Kirche auf die Schule beseitigen wolle; in letzterer Beziehung meinte der Redner, daß nirgends so wie in Baiern vorkomme, daß fort und fort auf den Wegen der Minorität fortgetriegen, daß die Majorität präterit werde. Aus dieser Thatsache allein sollte die Regierung, eine sehr praktische Lehre ziehen. Gestern hätte ein Redner behauptet, daß mit einem Ministerwechsel der Unfrieden im Lande eingehen werde, er, Rittler, könne sich aber einen Unfrieden nicht erklären, wenn einmal der Versuch gemacht werde, die constitutionellen Grundsätze, welche ja die „Linie“ so hoch halte, und deren Durchführung sie in allen Ländern verlange, auch in Baiern ausnahmsweise zu Ehren gelangen würden. Redner vernies dann auf den Fürsten Reichskanzler, welcher der conservativen Strömung Concessionen gemacht habe. Der von Herrn Staatsminister b. Luz gestern gemachten Aeußerung, „Ich bleibe fest“, wird die Bevölkerung im Lande wohl die gebührende Bewunderung zollen. Das sei mutig gewesen, nun möge der Herr Staatsminister aber noch mutthiger sein und von seiner Standhaftigkeit eine Probe geben, indem er das Vertrauen, welches er bei der Krone genießt, durch ein Entlassungsgesetz neuerdings auf die Probe stelle. Von liberaler Seite sprach dann Abg. Fischer, Bürgermeister in Augsburg, der den Ausführungen des Vorredners sehr entschieden entgegentrat und im Verlauf seiner eingehenden Rede betonte, daß der Bischof in Baiern eine andere Auffassung von den Rechten der katholischen Kirche habe, als der Vorredner und dessen Genossen. Wenn die Gewissensfreiheit in dem Sinne von Seiten der katholischen Kirche ausgetribt wird, wie sie den Abgeordneten Bonn gestern und Abgeordneten Rittler heute vorschwebte, dann würde der protestantische Antragsteller Abgeordneter Luthardt den westfälischen Frieden in die Hand nehmen müssen, damit er Hilfe findet, um die Rechte seiner Confection zu schützen. Er, Redner, wünsche, daß das Programm der „Rechten“ und „Linken“, wie sie Bonn und Rittler gestern und heute gehalten haben, recht oft wiederkehre, denn es würde dies zur Klarstellung der Situation und dazu beitragen, daß dem Volke die Augen geöffnet werden. Nach einer weiteren kurzen Debatte wurde, obwohl noch mehrere Redner bezeichnet waren, der Schluß der Debatte beschlossen und dann der Antrag der „Rechten“ mit 85 gegen 63 Stimmen angenommen, wie dies er im Voraus schon feststand. Von Seiten des Ministeriums hatte man sich heute an der Debatte nicht theilhaftig.

Frankreich.

○ Paris, 6. Novbr. [Die Interpellations-Debatte in der Kammer.] Die große, seit einem Monat von den Blättern mit Ungeßüm verlangte Interpellations-Debatte hat gestern in der



Kammer begonnen, ist aber noch nicht weit gekommen. Man hatte zunächst nur ein Vorspiel, eine Scene aus der verkehrten Welt, insofern der Interpellante zum Interpellanten wurde und vor dem Ankläger der Angeklagte das Wort ergriff. Jules Ferry hatte allerdings im Voraus angezeigt, daß er der Verhandlung eine kurze Einleitung, ein Resumé dessen, was die Regierung in Tunis gethan, voranschicken werde. Aber aus dieser kurzen Erklärung wurde eine lange Rede, ein Plaidoyer, welches offenbar allen später erfolgenden Anschuldigungen im Voraus die Spitze abbrechen sollte. Der Conseilpräsident begann damit, daß er den parlamentarischen Ursprung der tunesischen Frage darlegte, indem er so das Cabinet gewissermaßen hinter der früheren Kammer verschaltete. Alles sei von dieser früheren Kammer gebilligt und angeordnet worden und jeder Tadel, den die jetzige Kammer gegen das Ministerium richte, treffe über dieses hinweg die alte Landesvertretung. Dann interpellirte Jules Ferry die Presse und namentlich die intransigente Presse, welche sich bei der Wahlcampagne der tunesischen Frage bemächtigt und sie zu Partei zwecken aufs Skandalöse ausgebeutet habe. Die Unternehmung in Tunis war eine nationale und die tunesische Frage ist in Wahrheit so alt wie die älteste. So lange Frankreich einen Fuß in Afrika hat, erschien ihm die tunesische Regentschaft als der wahre Schlüssel der algerischen Colonie und weder unter der Sultanarchie, noch unter dem Kaiserreich hat man in Tunis das Ueberhandnehmen fremden Einflusses gestattete. Der französische Einfluß aber war seit den letzten Monaten von 1880 in der Regentschaft schwer bedroht und daher allein die gegenwärtige Expedition. Weiter untersuchte der Minister die Hauptanschluldigungen, welche man gegen die Regierung gerichtet. Zuerst, daß der Feldzug ohne Bewilligung des Parlaments unternommen worden. Eine sonderbare Behauptung, da die alte Kammer nicht nur den Garantievertrag von Kassar Said bestätigt, sondern auch für die späteren Operationen zwei Credits bewilligt hat. Den zweiten Beschwerdepunkt bilden die Geldausgaben der Regierung. Hier stellte Jules Ferry die ziemlich sonderbare Theorie auf, daß die Regierung berechtigt gewesen sei, in jenen Creditbewilligungen der Kammer eine Art Blankoschein zu sehen, eine unbeschränkte Vollmacht, je nach Bedürfnis in den Staatskassen zu schöpfen. Mit Unrecht hätte die Presse das finanzielle Verfahren des Ministeriums mit den Virements des Kaiserreichs, üblen Indentens, verglichen. Endlich suchte der Conseilpräsident auch das rein militärische Verfahren, die so viel getadelten unnützen Truppenbewegungen und die Zusammensetzung des Expeditionscorps aus den vierten Bataillonen der verschiedensten Regimenter zu rechtfertigen. Hiermit hatte er nicht viel Glück, insofern man seine Aeußerungen so interpretiren kann, daß bei den ersten Truppenbewegungen nach Afrika der Kriegsminister die ganze Mobilisierungsordnung über den Haufen geworfen habe, daher man später das Expeditionscorps vollständig umgefallen mußte. Im Vorbeigehen benutzte Jules Ferry die Gelegenheit, den Generalconsul Roustan mit großer Entschiedenheit gegen die Verleumdungen der intransigenten Presse in Schutz zu nehmen, und den Schluß der Rede bildete eine Lobeserhebung der französischen Soldaten, die sich in Afrika durch ihren heroischen Muth und ihre Standhaftigkeit ausgezeichnet haben. Dieser ziemlich überflüssige und offenbar bloß oratorische Zweck dienende Panegyrikus fand bei der Kammer nicht die begehrte Aufnahme, auf die er berechnet war. Im Ganzen jedoch hatte Jules Ferry sich über die Haltung der Mehrheit nicht zu beklagen. Er erhielt sogar häufigen Applaus. Die äußerste Linke und die Rechte, die Anfangs den Redner zu unterbrechen suchten, wurde durch eine ruhige, aber höchst entschiedene Bemerkung des Präsidenten Briffon im Zaume gehalten. Nach Jules Ferry folgte der erste Interpellant Umagat, ein neuer Deputirter aus der Auvergne, auf die Tribüne. Ein unglückliches Debut. Die bombastischen einstudirten Phrasen dieses Redners verfehlten die Kammer zuerst in unaussprechlicher Heiterkeit. Als diese aber über eine Stunde gedauert hatte, blieb den Deputirten nur übrig, ihr Heil in der Flucht zu suchen. Die eigentliche Debatte wird also erst Montag beginnen und wenn alle eingeschriebenen Redner das Wort ergreifen, so wird sie mindestens zwei Tage dauern, denn dieser Redner sind dreizehn, die beiden Interpellanten Naquet und de Rots eingeschlossen, und einer von ihnen, Savoir de la Motte, hat sich für und gegen die Interpellation einschreiben lassen. Man glaubt nicht mehr, daß Gambetta in diese tunesische Debatte eingreifen wird. Seine Freunde erzählten gestern, es sei ihm erwünscht, daß man vor dem Rücktritt des Cabinets Ferry dasselbe noch über die allgemeine Politik interpellire, damit er (Gambetta) bei dieser Gelegenheit sein Programm entwickeln könne. Wenn keine solchen Interpellationen erfolgen, werde er sein Ministerium constituiren, ohne sich weiter vor der Kammer über seine politischen Pläne zu erklären.

Paris, 6. Novbr. [Ferry's Rede in der Tunisdebatte und die Presse. — Jahrestag der Ordenausweisungen.] Die gambettistischen Blätter loben, wie der „R. Ztg.“ geschrieben wird, die getrigge Rede Ferry's und finden bloß die „Ausstellung über die Heimberufung der Truppen aus Tunis und die Wendung über die Budgetfrage nicht ausreichend; die radicalen Blätter nennen Ferry einen Lügner und Taschenspieler; „Siecle“ dagegen ist als Organ des neuen Präsidenten Briffon voll Weisheit für Ferry. Die gemäßigten republikanischen Blätter sind erstaunt darüber, daß Ferry den Kriegsminister Jaurès zu vertheidigen gewagt habe. Wegen der großen Anzahl der eingeschriebenen Redner wird vermuthlich die Verhandlung morgen noch nicht zum Schluß gelangen. Der Antrag auf ein Adelsvotum wird, weil er von der äußersten Linken kommt, schwerlich durchgehen; ohne eine parlamentarische Untersuchung kommt das Cabinet aber kaum ab. Solche Untersuchungen sind bisher immer sehr harmlos verlaufen. Briffon machte gestern seine Besuche bei den Vorkämpfern. Dem Gerichte, Gambetta werde die Bildung des neuen Cabinets noch verschieben, liegt zu Grunde, daß zwischen ihm und Greby zur Zeit noch Meinungsverschiedenheit obwaltet. Gambetta beansprucht erstens, daß er Conseilpräsident ohne Portfeuille werde, und zweitens, daß er dem Präsidenten der Republik über seine Befehle erst nachher Rechenschaft zu geben brauche, da er ja die Verantwortlichkeit trage. Der Posten des Conseilpräsidenten ohne Portfeuille hat aber auch noch andere Uebelstände: Gambetta wird vielleicht gestatten, daß Greby einmal in der Woche den Vorhitz im Ministerath einnehme, während Greby bisher zweimal den Ministerath leitete. Im Uebrigen hat Gambetta seine Wahl bereits getroffen: Say, Rouvier und Tissot sind gewonnen, und Ferry soll Aufnahme finden, wenn er die tunesische Angelegenheit gut endet. Geht Alles, wie Gambetta will, so kann das neue Cabinet vor Ende der Woche ins Amt treten. — Gestern wurden in der Provinz viele Messen als am Jahrestage der Ausweisung der Congregationen veranstaltet, aber zu Unruhen kam es nicht, da die Polizei sich überall sehr energisch zeigte.

## Großbritannien.

London, 5. Novbr. [Der Mord im Eisenbahn-Wagen.] Wenn England gestern allen continentalen Mächten den Krieg erklärt hätte, würden die Zeitungen, zumal die Abendblätter keine größeren Typen für ihre Anschlag-Bulletins verwendet haben, als zur Ankündigung des Beginns des Prozesses Lefroy. Ein großer Criminalfall, eine Cause celebre, wobei es sich um den Kopf eines Mitmenschen handelt, erregt noch immer das höchste Interesse aller Klassen, und vor den Geschworenen in der kleinen Markthall Maidstone wurde gestern eine Verhandlung gegen einen des Mordes angeklagten Verbrecher begonnen, welche ebenso sensationell zu werden verspricht, wie seinerzeit der Prozeß gegen den Giftmörder Palmer oder die Verhandlung gegen den Schneidergesellen Müller, den englischen Räuber von Briggs in einem Waggon der Londoner unterirdischen Eisenbahn.

Mit diesem letzteren Fall besitzt der gestern in Maidstone begonnene Prozeß übrigens eine gewisse Aehnlichkeit. Damals wurde ein Kaufmann

in einem Coupé der Eisenbahn ermordet, und Lefroy ist heute auch einer in gleicher Weise ausgeführten That beschuldigt.

Im Juni d. J. fuhr nämlich ein gewisser Mr. Gold, ein in der Vorstadt von Brighton wohnender Rentier, mit der Eisenbahn nachmittags zwei Uhr von London nach Brighton. Als der Zug behufs der Abnahme des Willeis in der letzten Station vor Brighton anhielt, sprang Lefroy aus einem Coupé. Er hatte eine Menge Wunden an verschiedenen Theilen seines Körpers, das Blut strömte von seinem Kopfe, und auf Befragen gab er an, er sei im Waggon von zwei Männern angegriffen und verwundet worden. Gleich nach dem ersten Schusse sei er ohnmächtig in seinen Sitz zurückgefallen, und er wisse daher nicht, was sich seitdem bis zum Anhalten des Zuges zugegetragen habe.

Der eine der beiden Mitreisenden in seinem Coupé sei alt, der andere jung gewesen, allein er könne nicht angeben, wer den ersten Schuß gegen ihn abgefeuert habe.

Lefroy's Zustand, als der Zug anhielt, war ein höchst auffälliger. Seine Kleider waren zerrissen, sein Hemdtragen fehlte, und er sah überhaupt wie ein Mensch aus, der einen harten Kampf durchgemacht hatte.

Der Stationsvorsteher bemerkte, daß aus einem seiner Schuhs ein Stück von einer Uhrsteine herausging. Dies fiel ihm auf, er zog an der Kette und eine goldene Uhr kam zum Vorschein. Lefroy erklärte, er habe die Uhr der Sicherheit wegen in den Schuh gesteckt.

Erwiesen ist, daß die Uhr dem Ermordeten gehörte. Ein Apotheker, welcher in dem nächsten Coupé saß, hatte, als der Zug in den fraglichen Tunnel einfuhr, einige Schüsse gehört, welche er jedoch für Reibsignale hielt. Der Körper des Ermordeten wurde in einem späteren Tunnel zwischen den Schienen gefunden.

Eine Frau, welche ein Häuschen nahe der Bahn bewohnt, erklärt, sie habe in einem der Wagen dieses Zuges zwei Leute stehend mit einander ringen sehen. Ferner ist erwiesen, daß Lefroy am Tage der That einen Revolver, den er verpackt hatte, auslieferte.

Der Leppich im Coupé, sowie die Thüre und das Laufbrett waren voll Blut. Ferner lagen am Boden des Coupés einige Spielmarken, anscheinend aus Gold und gerade wie Sovereigns aussehend. Lefroy hatte auf Befragen erklärt, er wisse nichts von diesen Münzen, noch wem sie gehörten. Allein es ist erwiesen, daß er am nämlichen Morgen einem Zeitungsingenieur auf der Station, dessen Brotherrn er 28 Schillinge schuldet, zwei solcher Spielmarken in einem Couvert als Zahlung seiner Schuld übergeben hatte und sich von demselben 15 Schillinge hatte herausgeben lassen.

Die Polizei in Brighton glaubte anfänglich, sie habe es mit einem Halbberrücken zu thun, der einen Selbstmord im Waggon zu begehen versucht hatte, weshalb man ihn in Begleitung eines Polizisten nach Hause fahren ließ. Inzwischen fand man den Leichnam Gold's im Tunnel, worauf die Polizei sich Lefroy's zu bemächtigen versuchte.

Allein derselbe war aus seiner Wohnung verschwunden, trotzdem er den anderen Hausbewohnern gesagt hatte, er gehe nur zu einem Arzte, um sich seine Wunden verbinden zu lassen.

Lefroy wurde sterblich verfolgt; lange konnte man seine Spur nicht auffinden, bis er endlich unter einem falschen Namen und unter den verdächtigen Umständen in einem kleinen Logirhause einer Vorstadt von London entdeckt wurde. Die Vertheidigung geht dahin, daß Gold von einem dritten unbekannten Manne im Coupé ermordet wurde, welcher auch Lefroy verunndet und beunruhigt gemacht habe.

[Die irische Bewegung und der Erzbischof von Cashel. — Von der Wirksamkeit der Landtage.] Die Erwidmung des Erzbischofs von Cashel auf eine ihm von der Zweig-Parlamenta von Ballingarry überreichte Adresse steht wenig im Einklange mit dem von dem Prälaten erlassenen offenen Briefe anlässlich der „Nachzins-Verweigerungs-Proclamation“ der Landtage, und lautet wie folgt: „Die treuen Führer des Volkes sind von den bezahlten Anhängern von „Gefeh und Ordnung“ ins Gefängnis geworfen worden. Die gepriesenen Privilegien der britischen Verfassung sind thatsächlich annullirt worden, wenigstens was dieses Land (Irland) betrifft. Freiheit der Rede und der Verammlung besteht nicht länger, ausgenommen für wenige Begünstigte. Kranke werden in der Knechts ihrer Krankheit erbarmslos fortgeschleppt und ins Gefängnis geworfen — in der That eine Schandenscheu, nicht weniger gewiss, obgleich glücklicherweise weniger blutig als jene, welche in Frankreich in den Tagen seiner nationalen Kaiserie wüthete, existirt in unserer Mitte, und Niemand, der heute frei ist, darf sicher sein, daß er sich morgen nicht im Gefängnis befindet. Dies ist der heutige Zustand der Dinge in Irland. „Gieb dem Kaiser, was des Kaisers ist“, aber behaltet für Euch selber, was Euch rechtlich gehört. Zahlt einen billigen Zins an den, dem er zukommt. Wird er angenommen, dann gut; wenn nicht, so habt Ihr Eure Pflicht gethan, und die Folgen der Weigerung mögen auf andere Häupter fallen als auf die Euerigen. Leistet keinen Widerstand gegen die verfassungsmäßigen Behörden und ermuntert zu keinen Gewaltthatigkeiten. Laßt die weite Welt sehen, daß wir uns Beschimpfungen und Beleidigungen um unseres Landes willen gefallen lassen, ohne dieselben zurückzugeben. Vertraut auf Gott und das Recht Eurer Sache, und so wahr Gott lebt, die Stunde des legitimen Triumphes des Volkes ist nicht fern.“ — Die unter der Landtage in Belfast tagende Subcommission gab gestern ihre Entscheidung in 15 Fällen ab, die sämtlich Nachzinsen von der Verweisung des Erzbischofs Crawford, eines „abwesenden“ Landlords, betrafen. Die Nachzins wurden alle um ca. 30 pCt. reducirt, ausgenommen bei einer Farm, wo der Zins bereits niedriger ist als die Schätzung.

## Provinzial-Beitrag.

Δ Breslau, 7. Novbr. [III. Schlesische Provinzial-Synode.] Nach dem vom Superintendenten Ueberschär gesprochenen Eingangsgebet wurde die Sitzung gegen 12½ Uhr durch den Präses Grafen Rothkirch-Trach mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen (Urlaubsbestätigung, Eingänge von Anträgen etc.) eröffnet.

Bei dem Eintritt in die Tagesordnung erfolgt zunächst die in Folge des Ausscheidens des Geh. Regierungsraths von Selchow erforderliche Neuwahl in den Synodalvorstand. Gewählt wird durch Acclamation der bisherige Stellvertreter Rechtsanwalt Dr. Ullmann-Ologau, als Stellvertreter desselben Landeskämmerer Rusch-Dalbersdorf.

Zur Verhandlung kommt demnach der Bericht der IV. Commission über die Vorlage des königlichen Consistoriums, betreffend die Anlegung von Lagerbüchern, eine Vorlage, welche bei der ersten Beratung nochmals an die Commission zurückgegeben worden. Die Commission, deren Sitzung der fgl. Commissarius, wie der Referent bemerkt, beigewohnt hat, empfiehlt, die Synode wolle beschließen:

1) Die Provinzialsynode erachtet es zwar mit dem königlichen Kirchenregiment für nothwendig, daß von den kirchlichen Vermögensobjecten Inventarien, wo solche nicht bestehen, angefertigt und demnach fortgeführt werden;

2) die von dem königlichen Consistorium entworfene Lagerbuch-Instruction kann jedoch nicht bekräftigt werden, da letztere unter Vorbehalt einheitlicher Formulare eine neue Inventarisierung auch da anordnet, wo brauchbare Inventare bereits bestehen, für die Anlage und Fortführung der Lagerbücher zu complicirte Vorschriften giebt und bei dieser Arbeit die Mitwirkung der Superintendenten und Kreis-Synodalvorstände in zu hohem Maße in Anspruch nimmt.

3) Die Provinzialsynode ersucht daher das königl. Consistorium unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte eine neue Anweisung über die Inventarisierung des kirchlichen Vermögens ausarbeiten zu lassen.

Bei der Discussion nimmt Consistorialpräsident Wunderlich Gelegenheit, eingehend den Standpunkt des königlichen Consistoriums zu der Vorlage nach allen Richtungen hin zu erläutern. Das Consistorium ist bei dem Entwurf mit der größten Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorgegangen.

Ueber die einzelnen Punkte entspringt sich eine längere Specialdiscussion, an welcher sich u. a. Synodale Ober-Regierungsrath Schmidt, der königl. Commissarius Ober-Consistorialrath Schmidt, Consistorialrath Hoppe, Consistorialpräsident Wunderlich, die Synodalen Landrath v. Höder, Landrath v. Bitter und Graf Pädler betheiligen. Ein auf Enbloe-Annahme von Nr. 2 und 3 der Commission'svorschlüge gerichteter Antrag wurde abgelehnt.

Ober-Regierungsrath Schmidt beantragt, Nr. 2 dahin abzuändern, daß die entworfene Lagerbuch-Instruction nur mit der Maßgabe bekräftigt werden könne, daß eine neue Inventarisierung nicht einzutreten habe, wo brauchbare Inventarien bereits vorhanden sind, daß ferner die zu complicirten Vorschriften vereinfacht und bei dieser Arbeit die Mitwirkung der Superintendenten und Kreis-Synodal-Vorstände möglichst eingeschränkt sei. Zu 3 des Commission'santrages empfiehlt Ober-Regierungsrath Schmidt, daß die neue Anweisung behufs abschließender Beratung unter Zugiehung des Provinzialvorstandes ausgearbeitet werden soll. Landrath von Kösch als Referent empfiehlt die Ablehnung des Antrages Schmidt, welchen Consistorialpräsident Wunderlich und der königl. Commissarius, Ober-Con-

sistorialrath Schmidt, dringend empfehlen. Landrath von Bitter bittet Nr. 3 als vollkommen überflüssig abzulehnen. Die einzig in Betracht kommenden gutachtlichen Aeußerungen der Synode seien in Nr. 1 und 2 enthalten. Synodale Landrath v. Höder empfiehlt den Commission'santrag.

Bei der Abstimmung beschließt die Synode, Nr. 1 nach dem Commission'svorschluge, Nr. 2 und Nr. 3 nach den Amendements Schmidt anzunehmen.

Ueber den Antrag der Synode Bernstadt, auf Ausdehnung des Gesetzes vom 13. März 1878, betreffend die Zwangsverziehung verwahrsamer Kinder, auch auf solche Kinder, welche durch Betteln oder Landstreichen der Verwahrlosung entgegengehen, beschließt die Synode, entsprechend dem von Synodalen Grafen Harraß motivirten Commission'svotum, zur Tagesordnung überzugehen, in Erwägung, daß durch die ergangenen ministeriellen Declarationen des Gesetzes vom 13. März 1878 der betreffende Antrag erledigt ist.

Bezüglich des Antrages der Diöcesen Rothenburg I und Lauban II, betr. die Sonntagsruhe der Landbriefträger, beschließt die Synode entsprechend dem von Synodalen Landrath Samedi motivirten Commission'svorschluge an maßgebender Stelle dahin vorstellig zu werden: daß in Erwägung der hohen Bedeutung, welche das Beispiel der Behörden wie Beamten für die Sonntagsheiligung in der Bevölkerung hat, von der projectirten und bereits vielfach ins Leben gerufenen Landbriefbestellung an Sonntagen Abstand genommen werde.

Bezüglich des Antrages des Gemeinde-Kirchenraths zu Kriescha resp. der Synode Rothenburg I, betreffend die Einführung eines allgemeinen deutschen Bußtages, beschließt die Synode entsprechend dem vom Synodalen Superintendenten Uebert motivirten Commission'svorschluge, in Erwägung des Umstandes, daß die General-Synode vom Jahre 1879 für die Einrichtung eines allgemeinen deutschen Bußtages eingetreten ist, den Antrag der Synode Rothenburg I, betreffend diese Angelegenheiten, für erledigt zu erachten.

Synodale Pastor Dilschhausen richtet dabei die Frage an den fgl. Staatscommissarius, in wie weit der Beschluß der Einführung eines allgemeinen deutschen Bußtages der Ausführung näher gerückt sei. Ober-Consistorialrath Schmidt bemerkt, daß die Eisenacher Kirchenconferenz sich einstimmig für die Einführung eines allgemeinen deutschen Bußtages ausgesprochen, gegenwärtig seien die kirchlichen Verhandlungen an das Staatsministerium abgegeben worden. Der Minister habe dem Oberkirchenrath die Antwort gegeben, daß er seinerseits Alles thun werde, um den Beschluß der Eisenacher Kirchenconferenz und der General-Synode zur Ausführung zu bringen. Was die Verallgemeinerung des Tages auf ganz Deutschland anlangt, so wird sich dieselbe vorläufig zunächst auf Norddeutschland beschränken und auf einen Anschluß Badens und Württembergs vorerst verzichtet werden müssen.

Bezüglich der Anträge der II. Commission: I. Zu den Statuten über Einrichtungen von Gemeindevertretungen in der Parochie Ludwigssthal, Diöces Gleiwitz, und in der Parochie Reinerz, Diöces Glatz, beschließt die Provinzialsynode, anzuerkennen, daß die entworfenen Bestimmungen zweckmäßig und wesentlichen Vorschriften der Kirchenordnung nicht zuwider sind. II. In den Gemeindestatuten beschließt die Synode: a. für folgende Parochien: Kreuzburg, Roschowitz-Bolschwitz, Simmenau, Graae und Friedrichsdorf im Regierungsbezirk Oppeln, Domsau, Riemberg, Allerheiligen, Bernstadt, Pottowitz, Kraschen, Pangau, Rosenbach, Geischen, Ramsau, Nauß, Neumarkt, Reichenbach, Rogau, Schweinitz, Klein-Gastrow, Kürpitz, Schwebendorf, Groß-Rosen, Conradswaldau, Hünern, Schlottau, Heidenau, Salzbrunn, Wälgersdorf, Josenberg, Simmel, Auras und Mondschnitz im Regierungsbezirk Breslau, Alt-Mörsdorf, Müdenwalbau, Thomasmalbau, Walbau, Liebenitz, Weichau, Tschoppau, Herndorf, Schönau, Bilgramsdorf, Schweinitz, Günthersdorf, Brittag, Grünberg, Drebnau, Polnisch-Nettlau, Rothenburg a. O., Straupitz, Conradsdorf, Fischbach, Sovers-Metta, Peterswitz, Leipe, Giesmannsdorf, Lauban, Linba, Groß-Walitz, Jolben, Langebau, Deutschmannsdorf, Giersdorf, Riebnitz, Raumburg a. B., Schönau, Bilgramsdorf, Oberau, Kierseide, Müdersdorf, Langhelwigsdorf im Regierungsbezirk Liegnitz — anzuerkennen, daß die entworfenen Bestimmungen zweckmäßig und wesentlichen Vorschriften der Kirchenordnung nicht zuwider sind; b. für die Parochie Alt-Barthau im Regierungsbezirk Liegnitz anzuerkennen, daß auch die entworfenen Bestimmungen dieses Gemeindestatuts als zweckmäßig und wesentlichen Vorschriften der Kirchenordnung nicht zuwider sind, unter der Voraussetzung jedoch, daß die von den zuständigen Behörden verfügte Zuweisung der Güterbezirke Ober- und Mittel-Mittlau, sowie Nieder-Mittlau, einschließlich der dort wohnhaften, bisher erimirten Personen, in höherer Instanz aufrecht erhalten wird, und mit der Maßgabe, daß im § 1 des Statuts hinsichtlich der Familien der Besitzer der beiden Dominien Ober- und Mittel-Mittlau und Nieder-Mittlau statt der Worte: „sowie die Familien“ zu setzen: „einschließlich der Familien“.

Ueber die Vorlage selbst entspringt sich eine längere Discussion, an der sich u. a. die Synodalen Landrath von Bitter, der fgl. Staatscommissarius, Oberconsistorialrath Schmidt betheiligen. Synodale Protector Schmidt nahm Gelegenheit, der Wichtigkeit der Verhältnisse der Guts-gemeinden für die Provinz Schlesien eingehend zu gedenken, deren geschichtlichen Verhältnisse er, wiederholt von dem Rufe „zur Sache“ unterbrochen, des Weiteren erörterte.

Demnach kommt zur Verhandlung folgender Antrag der Synode Görtz II: In Erwägung, daß die durch die neue Gerichtsordnung eingeführte promissorische Eidesleistung die Gefahr vermehrt der Meineide nur zu nahe liegt, hat die Kreis-Synode Görtz II einstimmig beschlossen: Die Provinzialsynode zu ersuchen, darauf hinzuwirken zu wollen, daß in keinem Falle ein gerichtlicher Eid oder eine Aussage an Eidesstatt eher abgelegt werde, als bis der ganze Inhalt der zu erhaltenden Aussage völlig formulirt zu Protokoll genommen, dem Ausagenden nochmals wörtlich vorgelesen und von ihm die Erklärung zu Protokoll gegeben ist, daß er diese Aussage nach reiflicher Ueberlegung und mit gutem Gewissen zu beschwören resp. an Eidesstatt zu erheben bereit und Willens sei.

Der Referent der VI. Commission, Superintendent Jansen empfiehlt, die Provinzialsynode wolle beschließen: In Erwägung, daß die promissorische Leistung des Zeugen- und Sachverständigen-Eides durch die deutschen Reichsjustizgesetze, welche seit dem 1. October 1879 Gesetzeskraft erlangt haben, in Preußen eingeführt ist, daß die Zeit seit dieser Einführung bis jetzt zu kurz ist, um aus den Erfahrungen der Praxis ein sicheres Urtheil darüber gewinnen zu können, ob durch die promissorische Eidesleistung die Gefahr der Meineidsableistungen vergrößert wird, oder nicht, wird über den Antrag der Kreis-Synode Görtz II zur Tagesordnung übergegangen. — Nach kurzer Discussion, in welcher lediglich der Commission'santrag empfohlen wurde, in welcher Landgerichtsdirector Bergmann bemerkte, daß das Landgericht seitens des Justizministers wiederholt darauf hingewiesen worden, daß zu einer Aenderung der Grundprincipien der neuen Gerichtsordnung die bisher gemachten Erfahrungen viel zu kurze seien, wurde der Commission'santrag angenommen. — Schluß der Sitzung gegen 3 Uhr. — Nächste Sitzung Dienstag um 11 Uhr.

Dem in der ersten Sitzung der Synode vom Präses Grafen Rothkirch-Trach erhaltenden, jetzt im Druck vorliegenden, umfangreichen Präsidialbericht entnehmen wir folgende auf die Ordnung der ersten theologischen Prüfung, Dienstjubiläum, kirchliche Feierlichkeiten, Aenarigungen und Theilnahme an den Kreis-Synoden bezügliche Mittheilungen.

Die Erklärung der Provinzialsynode vom 29. Mai 1878, „daß sie erwarte, daß die von dem Kirchenregimente beabsichtigte neue Ordnung der ersten theologischen Prüfung (pro licentia concionandi) nicht im Verordnungswege, sondern in dem durch die General-Synodalordnung vorgeschriebenen Wege der landeskirchlichen Gesetzgebung festgelegt werde“, hat seitens des Ober-Kirchenraths mittelst Verfügung vom 10. Januar 1879, einen ablehnenden Bescheid erfahren, in welchem der Beschluß der Synode sowohl in formeller als auch in materieller Beziehung als eine Kompetenzüberschreitung und auf irrthümlicher Auffassung des § 7 Nr. 7 der General-Synodalordnung beruhend, bemängelt wird. Die General-Synode aber hat auf einen von anderer Seite eingebrachten Antrag mittelst Beschlusses vom 3. November 1879 erklärt, daß eine Aenderung der bestehenden theologischen Prüfungs-Ordnung, auch was die ausübenden Organe der Prüfung betrifft, nach § 7 Nr. 7 der General-Synodalordnung nicht ohne Mitwirkung der General-Synode geschehen kann.

Aus der Reihe der goldenen Dienstjubiläen, zu welchen der Vorstand seine Glückwünsche hat darbringen können, was auf seinen Wunsch je vorigem Jahre von ihm gemeinschaftlich mit dem königlichen Consistorium geschieht, hebt der Bericht das am 5. August 1881 stattgefundene Jubiläum des Superintendenten Stiller hervor, welcher Mitglied sowohl aller schlesischer Provinzialsynoden, als auch der General-Synode gewesen ist, schon Deputirter zur Synode 1844, Mitglied der Kirchen-Conferenz in Berlin 1856, Präses der außerordentlichen schlesischen Provinzialsynode 1869 und seit der ersten ordentlichen Provinzialsynode Mitglied des Provinzial-Synodal-Vorstandes.

Wo dem Vorstand eine Einladung zur Theilnahme an einer kirchlichen Feierlichkeit zugegangen war, ist er, beziehentlich der Synode, durch den Präses oder ein und das andere Vorstandsmitglied repräsentirt worden. Dies ist geschehen bei der Jubelfeier des 500jährigen Bestehens der Kirche



von St. Peter-Paul in Siegen am 30. Juni 1878 durch den Präses und den Beisitzer, Superintendent Stiller, bei der Feier der Grundsteinlegung zur evangelischen Kirche in Schömburg, Kreis Landeshut, am 9. Juni 1881 durch den Beisitzer, Geh. Regierungsrath und Provinzialschulrath A. D. Dr. Scheibert, bei der Generalversammlung des schlesischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung und der Festversammlung der Zweigvereine am 16ten und 17. Juni 1880 durch den Beisitzer, Pastor Weikert, und am 22. und 23. Juni 1881 durch den Beisitzer, Superintendent Przygode, sowie bei der Einweihung des evangelisch-lutherischen Diakonissenhauses Bethanien in Kreuzburg am 18. August 1880 durch den Beisitzer, Pastor Weikert. Wenigstens des mit dem königlichen Consistorium vereinigten Provinzialsynodalvorstandes haben in der abgelaufenen Periode 11 stattgefunden. Vor dem verfassungsmäßigen Rechte, den Kreisynoden mit beratender Stimme beizuwohnen, hat der Präses Gebrauch gemacht.

**Walzburg, 5. Novbr.** [Fünfzigjährige Jubelfeier.] Am heutigen Tage beging die Porzellanmanufaktur von Karl Krüger, die in nicht unerheblicher Weise zu dem Emporblühen der Stadt Walzburg beigetragen hat, die Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens. Schon seit Wochen hatten sowohl die Geschäftsinhaber, Commerzienrath Hänsche und Fabrikbesitzer A. Dinter, als auch das Fabrikpersonal die umfassendsten Vorbereitungen hierzu getroffen, so daß sich dieselbe zu einem Ereigniß gestaltete, welches die gesamte Einwohnerschaft in freudiger Erregung versetzte. Vor dem Fabrikhofe, auf welchem die offizielle Feier stattfinden sollte, erhob sich eine mächtige Ehrenpforte, die in ihrem oberen Theile die Zahl 50 und darunter in großen Goldbuchstaben den Namen Karl Krüger trug. Zu beiden Seiten standen zwei Nischenbasen und darüber zwei Schalen von enormer Dimension. Weit hinein in den Fabrikhof zogen sich Seitons, an die sich hohe Flaggenbäume reihen, von denen auch der Gedanklein umgeben war, welcher an die fünfundsiebenzigjährige Jubelfeier erinnert. Früh um 7 Uhr wurden die Geschäftsinhaber durch eine von der Bergcapelle ausgeführte Morgenmusik begrüßt, worauf zwei Stunden später vom Fabrikhofe her 50 Böllerschüsse ertönten, zum Zeichen, daß nun bald der feierliche Act beginne. Eine aus Beamten der Fabrik bestehende Deputation erschien um 10 Uhr bei den Chefs, um sie nach dem Fabrikhofe zu geleiten. Dieselben bestiegen eine mit Tannenzweigen geschmückte Tribüne, während die Bergcapelle die Jubel-Ouvertüre intonierte, an die sich eine Fest-Hymne schloß, vorgetragen von dem Gesangsverein der Dreher und Maler. Nummer be gab sich Buchhalter Steinbohl auf die mit dem Bildnis des verstorbenen Commerzienraths Krüger gezeierte Rednerbühne und gedachte in seiner Gratulationsansprache der Zeit vor 50 Jahren, als Karl Krüger zwar mittellos, aber ausgestattet mit frischem Geiste und regem Streben auf dieser Scholle Erde stand, auf der sich nur ein winziges Häuschen befand, in welchem versucht wurde, Porzellan zu fabriciren. Nach dem Redner weiter an die Verdienste des längst Verstorbenen erinnert und dabei auch dankbar der ebenfalls dahingeschiedenen Frau Kathrin Krüger gedacht, brachte derselbe ein Hoch auf die Firma Krüger aus, welches von dem gesammten Fabrikpersonal mit Jubel aufgenommen und erwidert wurde. Hierauf wendete sich Redner an die Chefs der Fabrik, die dem Gründer derselben rathend zur Seite gestanden, und richtete an sie die Bitte, das vor ihnen stehende Tableau, welches das gesammte Fabrikpersonal ihnen zur Erinnerung an diese Jubelfeier widme, freundlich entgegenzunehmen zu wollen. Wiederum erschollen, und zwar diesmal auf Commerzienrath Hänsche und Fabrikbesitzer Dinter, laute, freudige Hochrufe, denen ein zweiter Festgesang und diesem der von der Capelle angestimmte Choral „Eine feste Burg“ folgten. Sichtlich erfreut nahmen die beiden Chefs das Tableau, welches in zwei Exemplaren mit entsprechender Widmung in dem photographischen Atelier von J. Tagelt hier selbst kunstvoll ausgeführt worden, in Empfang und dankten in warmen Worten für die ihnen dargebrachten Beweise der Liebe und Anhänglichkeit. Das Tableau veranschaulicht in einzelnen Ansichten den Umfang der Fabrik im Jahre 1831, sowie die gegenwärtige Ausdehnung derselben. Zum Schluß dieses Theiles der Feier intonierte die Capelle einen Festmarsch, den der frühere Director der hiesigen Bergcapelle, Capellmeister Faust in Breslau, eigens zu dieser Feier componirt und den beiden Chefs gewidmet hatte. Inzwischen waren zur Gratulation erschienen der Bürgermeister Lust nebst Magistratsmitgliedern, der königliche Bergverwalt. Jäger mit dem Vorstände des Stadtvorordneten-Collegiums, Commerzienrath Tiedl nebst Sohn, Landrath Dr. von Bitter, Gymnasial-Director Dr. Scheiding, sowie viele den Chefs und deren Familien befreundete Damen und Herren. Der kaufmännische Verein ließ durch seinen Vorstand eine kunstvoll ausgeführte Glückwunsch-Adresse überreichen; dasselbe geschah seitens mehrerer hiesiger Kaufleute, welche früher die Interessen des Hauses K. Krüger mit zu vertreten hatten. Abends um 6 Uhr veranstaltete das Fabrikpersonal zu Ehren der Chefs einen Fackelzug, worauf letztere das Personal nebst dessen Frauen in sechs großen Sälen festlich bewirtheten ließen. Mit einem Ballfeste endete die Feier des Tages, die gewiß für alle Theilnehmer eine freudige Erinnerung bleiben wird.

## Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischen Bureau.)

**Bremen, 7. Nov.** Der Geographischen Gesellschaft ist folgendes Telegramm der Gebrüder Krause vom 6. d. Mts. zugegangen: Wir sind wohlbehalten in San Francisco angekommen und haben gute naturwissenschaftliche und ethnographische Sammlungen mitgebracht. Wir haben die Schutzschiffen-Halbinsel an mehreren Punkten besucht und geben den Winter im nördlichen Alaska zuzubringen.

**Dresden, 7. Nov.** Nach dem heutigen officiellen Bulletin war die Königin gestern meist fieberfrei, der Appetit ziemlich gut, ebenso das Allgemeinbefinden.

**Karlruhe, 7. Novbr.** Der „Karlsruher Zeitung“ zufolge besteht die Krankheit des Großherzogs in einem gastrischen Fieber. Vorgestern und gestern Abend Erhöhung der Temperatur, welche heute anhält. Die übrigen Krankheitserscheinungen hielten sich in mäßigem Schwanken.

**Bingen, 7. Nov.** Bei der hier stattgehabten Stichwahl wurde Dr. Bamberger (Cerep.) mit etwa 450 Stimmen Majorität gewählt.

**Bensheim, 7. Nov.** Bei der im 6. hessischen Wahlkreise stattgehabten Stichwahl erhielt nach den bisherigen Ermittlungen v. Löw (liberal) 6479 Stimmen, Rüdiger (nationalliberal) 4968 Stimmen. Aus 50 Districten fehlen die Resultate noch, doch kann die Wahl v. Löw's als zweifellos angesehen werden.

**München, 7. Novbr.** Stichwahl. Ruppert (Centr.) 7700 gegen Schlör (natlib.), welcher 6400 Stimmen erhielt, gewählt.

**Wien, 7. Novbr.** In der heutigen Plenarsitzung der österreichischen Delegation erklärte Süßner, daß es ihm, als dem ältesten Diplomaten in der Versammlung, gestattet sei, dem zu Aller Leidenen so früh abgerufenen Baron v. Haymerle ein Wort der Anerkennung und des Dankes zu widmen. (Beifall.) Der wichtigste, von dem Dahingeschiedenen zu einem geistlichen Ende geführte Act sei die theilweise Mobilisirung der Berliner Beschlüsse für Griechenland gewesen. Diese brennende, zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gebende Frage sei innerhalb weniger Monate gelöst worden, Dank der Weisheit und der Mäßigkeit der Mächte, Dank dem einmüthigen Zusammengehen der Cabinete von Wien und Berlin. Es sei dies ein neuer Beleg für sein (des Redners) Axiom, daß es eine orientalische Frage nur giebt, wenn die Mächte es wollen, und daß, wenn sie nicht wollen, es keine giebt. Der Aufgabe der Verhütung der Balkanhalbinsel, sowie der Erfüllung seiner übrigen schweren Berufspflichten habe sich Haymerle mit dem Aufgebote und der Anstrengung seiner geistigen, mit Zerrüttung und Erschöpfung seiner physischen Kräfte gewidmet. Er sei eines frühen Todes gestorben, aber nachdem er sich wohlverdient gemacht habe um den Kaiser und das Vaterland, wohlverdient um die Erhaltung des europäischen Friedens.

**Paris, 7. Novbr.** Deputirtenkammer. Fortsetzung der Discussion über die Interpellation bezüglich Tunis. Raquet warf dem Ministerium vor, in der Kammer nicht die Wahrheit gesagt zu haben. Redner kritisirte das Mobilisirungssystem, welche die Armee zu Wahlzwecken desorganisirt habe und hob schließlich hervor, daß nach der parlamentarischen Tradition kein Mitglied des gegenwärtigen Cabinets in das künftige Cabinet eintreten dürfe. Le Faure sprach sich mißbilligend

über die Leitung der Militärangelegenheiten seitens des Kriegsministers Farré und über die Sanitätsverwaltung aus.

**Paris, 7. Novbr.** Nachrichten aus Tunis bestätigen, daß zahlreiche Stämme der Aufständischen ihre Unterwerfung angeboten haben. — Das „Paris-Journal“ erklärt alle Gerüchte hinsichtlich der Zusammensetzung des zukünftigen Ministeriums für verfrüht mit dem Bemerkten, daß Gambetta noch Niemandem irgend welche Eröffnungen gemacht habe. Die Dinge würden daher bleiben, wie sie sind, bis Gambetta officiell beauftragt werde, ein neues Cabinet zu bilden. Das genannte Journal glaubt versichern zu können, daß das neue Ministerium am Tage nach der Ertheilung des bezüglichen Auftrages an Gambetta im „Journal officiel“ publicirt werden würde.

**Paris, 7. Nov.** Der Kriegsminister setzte in der Kammer auseinander, welche energischen Maßregeln für die Truppen in Tunis ergriffen wären. Nichts wäre bezüglich ihrer Gesundheit und Verpflegung vernachlässigt worden. In Folge der von der Regierung getroffenen Maßnahmen sei Mißgeschick vorgebeugt worden, von denen die afrikanischen Armeen nur zu oft betroffen würden. Der Minister las zum Beweise zahlreiche Schriftstücke vor, und wies schließlich die gegen ihn, die Offiziere und die Generale gerichteten Angriffe zurück. Déroys entgegnete, man greife nicht die Offiziere, sondern die Politik der Regierung und die Militärverwaltung an, welche eine bedauerliche Unfähigkeit zeige. Die Regierung möge die Kammer und die Armee nicht wieder durch ähnliche Abenteuer compromittiren. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

**Bukarest, 7. Nov.** Der König empfing heute in feierlicher Audienz die außerordentliche persische Gesandtschaft, welche die Glückwünsche des Schahs von Persien anlässlich der Erhebung Rumäniens zum Königreiche überbrachte.

**Belgrad, 7. Novbr.** Das Gerücht, daß sämtliche Bischöfe wegen der Suspendirung des Metropoliten ihre Entlassung zu nehmen beabsichtigen, ist unbegründet. Durch den Einfluß des Ministers des Innern, Garaschanin, sind die durch den Protest des Metropoliten hervorgerufenen Differenzen ausgeglichen worden. — Die von der liberalen Partei verbreitete Nachricht von der beabsichtigten Demission des Cabinets enthält ebenfalls der Begründung.

**Triest, 7. Nov.** Der Lloyd-Dampfer „Espero“ ist heute Vormittag mit der ostindischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

**Mlymouthe, 7. Nov.** Der Hamburger Postdampfer „Lefing“ ist heute hier eingetroffen.

**Newyork, 7. Nov.** Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Elbe“ und der Dampfer der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) „Egypt“ sind hier eingetroffen.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) **Paris, 7. Nov.** Abends. [Boulevard.] 3% Rente 86, 05. Neueste Anleihe 1872 117, 24. Türken 14, 55. Neue Egyptier 367, —. Banque ottomane —. Italiener 89, 25. Chemins —. Dester. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 4proc. ung. Goldrente —. Spanier erster. 27 1/4. do. inter. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkenloose 56, 25. Türken 1873 —. Anoristbare —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Fest. **Frankfurt a. M., 7. Novbr.** Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß.] Londoner Wechsel 20, 415. Pariser Wechsel 80, 90. Wiener Wechsel 172, 30. Köln-Mindener Stamm-Aktien —. Rheinische Stamm-Aktien —. Hessische Ludwigsbahn 98 1/2. Köln-Mind. Prämien-Anth. 130 1/2. Reichsbank 101 1/4. Reichsbank 152 1/2. Darmstädter Bank 169 1/2. Meiningen Bank 103 1/4. Dester.-Ungarische Bank 712, —. Credit-Aktien 316 1/2. Wiener Bankverein 121 1/2. Silberrente 66 1/4. Goldrente 81 1/4. 4% ung. Goldrente 77 1/2. 1860er Loose 124. 1864er Loose —. ung. Staatsloose 239. —. ung. Otkabn-Oblig. II. 94 1/2. Böhmische Westbahn 268 1/4. Elbafahrbahn —. Nordwestbahn 195 1/2. Galizier 270 1/4. Franzosen 283 1/2. Lombarden 127 1/2. Italiener 89. 1877er Russen 90 1/2. 1880er Russen 74 1/4. II. Orientanleihe 60 1/2. III. Orientanleihe 60 1/2. Central-Bacifit 112 1/2. Buschthaber —. Ungar. Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discont —. pSt. Spanien —. Lufthos. Nach Schluß der Börse: Creditactien 317. Franzosen 288 1/2. Galizier 271 1/4. Lombarden 127. Dester. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. **Hamburg, 7. Novbr.** Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 101 1/4. Hamburger St.-R. —. Silberrente 66 1/4. Dester. Goldrente 81. ung. Goldrente 77 1/4. 1860er Loose 124 1/4. Credit-Aktien 317. Franzosen 718. Lombarden 317 1/2. Ital. Rente 88 1/2. 1877er Russen 90. 1880er Russen 73 1/4. II. Orient-Anl. 58 1/2. III. Orient-Anl. 59. Laurahütte 125 1/2. Norddeutsche 187. 5% Amerik. —. Rhein. Eisenb. —. do. junge —. Bergisch-Markische do. 122 1/2. Berlin-Hamburg do. 295. Altona-Kiel do. 190. 5proc. Dester. Papierrente —. Discont 4 1/2 % —. Ziemlich fest. **Hamburg, 7. Novbr.** Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen pr. Novbr.-Debr. 230, 00 Br., 229, 00 Gd., pr. April-Mai 224, 00 Br., 222, 00 Gd. Roggen pr. Novbr.-Debr. 180, 00 Br., 179, 00 Gd., pr. April-Mai 170, 00 Br., 168, 00 Gd. Hafer u. Gerste unverändert. Möhl ruhig, loco 57, 00, pr. Mai 59, 00. Spiritus matt, pr. November 43 1/2 Br., pr. Dec.-Jan. 43 1/4 Br., pr. Jan.-Febr. 43 1/4 Br., pr. April-Mai 42 1/2 Br. Raffee fest, aber ruhig, Umsatz 5000 Sack. Petroleum still, Standard white loco 8, — Br., 7, 90 Gd., pr. Novbr. 7, 80 Gd., pr. Decbr. 7, 80 Gd. Wetter: Trübe. **Dosen, 7. Novbr.** Spiritus pr. November 47, 70, pr. December 47, 70, pr. Januar 47, 70, pr. April-Mai 49, 30. Getreidmarkt —. Liter. Matt. **Liverpool, 7. Novbr.** Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Nuttmäßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 5000 Ballen amerikanische. Middl. amerikanische December-Januar-Lieferung 6 1/16 D. **Liverpool, 7. Novbr.** Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest. Amerikanische 1 1/16, braune ägyptische 1 1/8 D. höher. **(W. L. B.) Newyork, 7. Nov.** Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf Berlin 94 1/4. Wechsel auf London 4, 80 1/4. Wechsel auf Paris 5, 24 1/2. 5proc. fundirte Anleihe 101 1/2. 4proc. fundirte Anleihe 1877 116 1/2. Erie-Bahn 47 1/2. Central-Pacific-Bahn 115. Newyork-Centralbahn 139 1/2. Chicago-Eisenbahn 140. Baumwolle in Newyork 11 1/2. do. in New-Orleans 11 1/2. Raffinirtes Petroleum in Newyork 7 1/2. Raff. Petroleum in Philadelphia 7 1/2. Rohes Petroleum 6 1/4. Pipe line Certificate 0, 83. Mehl 5, 50. Rother Winterweizen loco 1, 41 1/2. November 1, 40 1/2. December 1, 44. Januar 1, 47 1/4. Mais (old mixed) 68. Zucker (fair refining Muscovados) 8 1/8. Raffee Rio 11. Schmalz (Marte Wilcox) 11 1/2. do. Fairbanks 11 1/2. do. Roth und Brothers 11 1/2. Spec (short clear) 9 1/2. Getreidebericht 4. **Wett: Schön.** Nach Schluß: Möhl steigend, per November 80, 50, per December 81, 25, per Januar-April 79, 75, per März-Juni 78, 75. **Paris, 7. November, Nachmittags.** Kobzuder 88° loco fest, 56, 75 bis 57, 00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. Novbr. 64, 50, per December 65, 00, per Januar-April 66, 50. **London, 7. November, Nachm.** Habannazucker Nr. 12, 25 1/2. Matt. **Amsterdam, 7. Novbr.** Nachmittags. Bancazinn 60. **Antwerpen, 7. Novbr.** Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen behauptet. Hafer unverändert. Gerste fest. **Antwerpen, 7. Novbr.** Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18 1/4 bez., 18 1/2 Br., per December 18 1/4 Br., per Januar 19 1/4 Br., per Januar-März 19 1/4 Br. Ruhig.

**Bremen, 7. November, Nachmittags.** Petroleum wenig Geschäft. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 50 Br., per December 7, 60 Br., per Januar 7, 70 Br., per Februar 7, 70 Br., per März 7, 70 Br., per August-December 8, 25 bez.

## Gandel, Industrie &c.

**Berlin, 7. Novbr.** [Börse.] Wenn man die Course der Speculationswerthe vom Sonnabend mit denen von heute vergleicht, so wird man finden, daß die Differenzen zwischen denselben bei fast allen außerordentlich geringfügige sind. Schon daraus läßt sich ein Schluß auf die Haltung der heutigen Börse ziehen. Es lassen sich nur wenige positive Vorgänge aus dem heutigen Geschäftsverkehr registriren. Die Speculation behielt ihre reservirte Haltung bei; weder die Hauspartei noch die Contrepartie bezogen Lust, sich in stärkerem Maße zu engagiren. Anfangs erschien die Tendenz schwach; sehr bald befestigte sich dieselbe, ohne daß jedoch die Course Fortschritte zu machen vermochten. Nur in wenigen Werthen entwickelte sich ein lebhafter Verkehr. Nachfrage bestand für Creditactien; einem stärkeren Angebot unterlagen dagegen Franzosen, weil die letzte Wochennotiz der Staatsbahn mit einem Minus von 112,752 fl. schließt. Gerüchtheile verlautete, daß der österr. Creditanstalt von Seiten eines Confortiums eine Offerte auf 50 Mill. ungar. Goldrente gemacht sei. Daraufhin zeigte sich Interesse für österr. Creditactien, das jedoch fast von rein platonischem Charakter blieb. Ein anderes Gerücht, welches an der heutigen Börse circulirte, betraf die bevorstehende Emission einer neuen russischen Anleihe. Dasselbe hatte wenigstens vorübergehenden Einfluß auf die Haltung der russischen Noten. In der zweiten Börsenhälfte unterlag die Tendenz mehrfachen Schwankungen, ohne daß sich jedoch das Geschäft mehr belebte als im Anfange. Bemerkten wollen wir noch, daß der Verkehr in den Actien der Delheimer Petroleum-Industrie-Gesellschaft die Aufmerksamkeit des Localmarktes in hohem Grade in Anspruch nahm, was um so mehr auffiel, als im Uebrigen die Umsätze auch hier über die engsten Grenzen nicht hinausgingen. Auf dem österr. Arbitragemarkte eröffneten österreichische Credit per Ultimo mit 637, stiegen auf 638, gingen dann auf 636,50 zurück, um 637 zu schließen. Franzosen notirten 577—78,50—577 und Lombarden wurden zu 256—650—252,50 umgefest. — Einheimische Eisenbahnactien brachten es auch heute wieder zu keinem nennenswerthen Verkehr; die Haltung für die am offenen Markte gehandelten Werthe wurde uns als fest bezeichnet. Cassabahn bezeugten nur geringen Begehr und waren meist zu wenig veränderten Courten erhältlich. Dispreux gaben ca. 1 pSt. nach. In Stammprioritäten stockte der Verkehr gänzlich, es kamen nur die denkbar geringfügigen Umsätze zu Stande. Einige Frage zeigte sich für Kreuzburger. Von den österreichischen Bahnen hatten nur Galizier einen lebhafteren Verkehr, der sich zu etwas herabgesetzten Notirungen gegen vorgestern entwickelte. Die übrigen hiesiger gehörigen Papiere blieben gänzlich vernachlässigt. Recht feste Tendenz documentirte der Markt für inländische Anlagewerthe. Es blieb zwar auch auf diesem Gebiete das Geschäft beschränkt, doch bestand gute Nachfrage für deutsche Eisenbahnprioritäten und Staatsanleihen, von denen die ersten in vielen Fällen ihre Course erhöhen konnten. Von den ausländischen Fonds fiel heute den russischen Anleihen eine Ausnahmestellung zu, insofern dieselben aus dem anfangs angeordneten Grunde in steigender Richtung recht lebhaft verkehrten. Auch für russische Noten zeigte sich vielfacher Begehr. In speculativen Bankactien entwickelte sich das Geschäft schleppend, deren Course haben nur wenig Veränderung gegen vorgestern aufzuweisen. — Montanwerthe, auf den günstigen Glasgower Verschiffungsausweis anfangs fest, vermochten ihre bei Beginn etwas erhöhten Preise nicht bis zum Schluß zu behaupten. Dortmund und Laura schlossen ca. 1/4 pSt. unter letzter Notiz. Kassabergwerke fielen in der Mehrzahl abermals höher. Von den übrigen Industriepapieren gewannen Delheim 12 pSt. Schluß befestigt. Privatdiscont 4 1/2 pSt.

Um 2 1/2 Uhr: Vester. Lombarden 255,50, Franzosen 579,00, Credit 638,50, Dortmund Stamm-Prior. 104,37, Laurahütte 126,37, Darmstädter Bank 169,25, Deutsche Bank 170,75, Discont-Commandit 225,25, Bergische 123,00, Mainzer 98,25, Oberpfälzische 245,75, Galizier 136,00, Rumänier 103,25, Dester. Goldrente 81,00, do. Silberrente 66,75, do. Papierrente 66,25, Italiener 88,50, Russen, alte 89,87, do. neue 92,37, do. 1880er 74,50, Russische Noten 217,00, do. II. Orient 60,25, do. III. Orient 61,00. Neue Ungarn 77,50.

Um 3 1/2 Uhr: Tendenz: Schwächer. Credit 637,00, Franzosen 577,50, Lombarden 253,00, Dortmund 104,40, Laura 126,40, Discont 225,75, Oberpfälzische —.

Coupons. (Course nur für Posten.) Dester. Silber-Coup. 172,20 bez., do. Eisen-Coup. 172,20 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 40 fl. t. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,19 bez., do. Eisen-Prior. 4,19 bez., do. Papier-Dollar 4,19 bez., 6% New-York-City 4,19 bez., Russ. Centr.-Bod. min. — fl. Paris, do. Papier u. verl. min. 60 fl. t. Berl. Poln. Papier und verl. min. 60 fl. Warschau, Russ. Zoll 20,47 bez., 22er Russen —, Große Russische Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit —, Warschau-Wiener Comm. —, Warschau-Terespol —, 3% n. 5% Lombarden min. —, Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — fl. Paris, Holländische min. — fl. Amsterdam, Schweizer min. — fl. Paris, Belgische min. — fl. Brüssel, Verl. Oblig. 20,35 bez.

[Zum Reichstempelgesetz.] Nach einer Circularverfügung des Finanzministers vom 3. d. Mts. werden Schlußnoten und gleichlautende oder doch correspondirende Bestätigungen des Abschlusses bezug. der Bedingungen eines in der Tarinummer 4 bezeichneten Geschäfts in schematischer Form dadurch nicht zu Briefen über das Geschäft im Sinne der Befreiung Nr. 3 zur Tarinummer 4 des Reichsgesetzes vom 1. Juli d. J., daß ihnen die üblichen Eingangs- und Schlußworte eines Briefes vor- bezw. nachgesetzt werden. Die gedachten Schriftstücke gehören an in solcher Form nicht zu der „eigentlichen Handelscorrespondenz“, welche nach Inhalt der Motive von der Stempelabgabe ausgeschlossen bleiben sollte, sind also auch dann stempelpflichtig, wenn sie auf Entfernungen von mindestens 15 Km. befördert werden. Dagegen kann der Auffassung, daß die Befreiung Nr. 3 a. d. auf Briefe über die in der Tarinummer 4 bezeichneten Geschäfte allgemein keine Anwendung finden könne, wenn die Briefe nach ihrem Inhalte zu den in der gedachten Tarinummer bezeichneten gehören, nicht beigetreten werden. — Nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts vom 9. December 1880, betreffend die Auslegung der Position „Schuldberechtigungen“ des Stempelgesetzes vom 7. März 1822, begründet es rechtlich keinen Unterschied, ob die Bedingungen, unter welchen eine Schuld, namentlich ein Darlehen, contractirt wird, von dem Gläubiger oder dem Schuldner ausgesprochen werden; allein entscheidend ist, daß der Schuldner seine Zustimmung erklärt und, sofern es auf Herstellung einer Schuldverschreibung ankommt, die seine Zustimmung enthaltende Urkunde unterschreibt.

**Petersburg, 7. Novbr.** [Ausweis der Reichsbank] vom 7. November u. St. b. Credit. im Uml. . . . . 716,515,125 Abl. unverändert. Notenemission für Rechnung der Succur. . . . . 417,000,000 Abl. unverändert. Vorläufige der Bank an die Staats-Regierung . . . . . 350,000,000 Abl. unverändert. \*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 31. October.

© Paris, 5. Novbr. [Börsenwoche.] Seit der Monatsabrechnung hat sich ein entschiedener Umschwung in der Haltung der Börse vollzogen. Bis dahin blieb die Speculation unschlüssig, da sie im Unklaren darüber war, wie sich die Reportverhältnisse bei der Monatsabrechnung stellen würden. Im Falle einer abermaligen Reporttheuerung erwartete so ziemlich alle Welt die Baiffe. Die Reports aber sind theuer gewesen, wenn auch nicht so erschreckend hoch wie bei der letzten Theuerungsregulirung und doch ist nach der Abrechnung die Haufe zum Durchbruch gekommen. Die seit lange vernachlässigte Politik spielt bei dieser neuen Haufbewegung eine Rolle. Die Speculation hat sich der Aussicht auf die Constituirung eines gemäßigten Ministeriums Gambetta bemächtigt, um die Course von Neuem in die Höhe zu treiben. Wie schnell die gegenwärtige Theuerung in Vergessenheit gebracht worden, mag man daraus ersehen, daß gerade die Speculations-effecten, welche den stärksten Report getragen hatten, auch wieder am meisten in die Höhe gegangen sind. Besonders charakteristisch jedoch ist das Wiedererwachen der französischen Renten, aus welchem man die Hoffnung ableiten kann, daß die Haufe diesmal auf einer etwas soliden Basis beruhen wird. Die französischen Fonds sind alle seit der Liquidation bedeutend in die Höhe gegangen, vorzüglich die 5proc. Rente, welche ihren Coupon innerhalb zweier Tage wiedergewonnen hat. Unter den Creditactien sind die Bontourschen Werthe noch im Vordergrund aber man will mancherlei Anzeichen entdecken dafür, daß die Energie der Contrepartie erlahmt. Unter den Auswärtigen Fonds, die sonst keine nennenswerthe Veränderung erlitten, zeichneten sich die spanische Exterieur und Italiener aus. Banfactien gewannen 400 Franken.



